

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 180 Mk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 3500 M.  
In Pommern 7000 M. poln. Angelegenheiten: Die ge-  
spaltene Seite 400 M., auswärts 600 M. Die Reklam-  
meile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt  
und Wohnungsangelegenheiten nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 78

Sonnabend, den 31. März 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandauer Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Verantwortlicher: Dr. Schriftleitung 720.  
Für Anzeigen: Annahme, Zeitungs-  
beilage und Druckkosten 3200.

## Das Fiasko der Ruhrbesetzung.

Bestimmungen eines französischen Abgeordneten.

Der französische sozialistische Abgeordnete Uhrv wollte dieser Tage in Mainz, um auf Ersuchen des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Sozialdemokratischen Parteivorstandes die Vertreibung der vier Mainzer Genossen zu übernehmen, die von den Franzosen verhaftet worden waren und die am 21. März vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz abgeurteilt werden sollten. Uhrv wollte eine Verschiebung des Termins von Paris durchsetzen, was jedoch brüskt abgelehnt wurde. Er eilte nach Mainz, um festzustellen, daß die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Von den aus seinen Landsleuten bestehenden Besatzungsbehörden wurde er sehr kühl, fast feindselig, behandelt, so daß er wieder unverrichteter Sache abreisen mußte. Ueber seine Reiseindrücke teilt er in der „Ere Nouvelle“ folgendes mit:

Von Offizieren hätten ihm in Köln, wo er einen unfreiwilligen Aufenthalt habe nehmen müssen, gesagt: Vor unserer Ankunft gingen aus dem Ruhrgebiet täglich 1500 Eisenbahnzüge nach allen Richtungen. Seit wir da sind, gelingt es uns kaum, zwei Züge abzulassen. Wenn wir alles in's Land bringen wollten, so bräuchten wir 150.000 Waggons und ein außerordentlich zahlreiches Personal. Wir haben weder das eine, noch das andere. Die Eisenbahnschwellen sind aus Eisen und nicht wie bei uns aus Holz und erfordern eine besonders sorgfältige Unterhaltung. Da wir niemand haben, der das besorgen kann, so müssen wir sehr langsam vorgehen. Sonst würde es Eisenbahnunfälle über Eisenbahnunfälle geben und man würde von Sabotage reden.

Uhrv sagt weiter, seit der Ruhrbesetzung sei der Handel zwischen dem Rheinland und den großen französischen Städten, der sich zu entwickeln begonnen habe, wie abgeschnitten. Die französische Handelskammer in Mainz sei in voller Tätigkeit gewesen. Französische Hoteliers hätten sich in Wiesbaden angefaßt, und jetzt ruhe alles. Man könne weder ein Postpaket absenden, noch telegraphieren oder telefonieren. Die geschäftlichen Transaktionen seien gleich null. Wenn man das Glück habe, in einen Zug zu steigen, der von modernen französischen Eisenbahnern geführt werde, so könne man sicher sein, daß man unter sich, also unter französischen Soldaten und Offizieren sei, denn kein Deutscher benutze die von den Franzosen geführten Züge. Man wisse ferner, daß, wenn man um 8 Uhr nachmittags von Mainz abreise, man erst am anderen Vormittag um 7 Uhr, wenn man Glück habe, in Paris ankomme.

Die französischen Eisenbahner, die die Zulage von 15 Frank täglich angelobt habe und die sich deshalb dazu hergegeben hätten, die deutschen Kameraden zu ernähren, seien enttäuscht. Sie hätten ihm erklärt, die Nahrung sei schlecht, man müsse auf Strohschlafen. Die Familien, deren Aufnahme man gestattet habe, wüßten nicht, wo sie unterkommen sollten, und man verbiete den Eisenbahnern auch den Zugang zu den Offiziersmessien. Noch mehr: dem Ministerpräsidenten sei ein Bericht übermittelt worden, die freiwilligen Eisenbahner würden vielleicht in den Streik treten. Jetzt, lieber Leser, so sagt Uhrv, bis du aufgeklärt. Niemals werden die französischen Industriellen Kohlen aus dem Ruhrgebiet erhalten. Uhrv erzählt weiter, ein Generalstabschef habe ihm gesagt: „Wenn die französische Regierung durch die Ruhrbesetzung eine politische Operation hat vornehmen lassen, so geht das die Offiziere nichts an. Wir haben den Befehlen gehorcht. Wenn man uns aber hierher gerufen hat, um Ingenieure zu schicken und um eine wirtschaftliche Operation durchzuführen, so müssen wir schaffenden, daß dieser Versuch Fiasko gemacht hat.“ Das ist der wahre Grund, so erklärt Uhrv, weshalb sich jetzt Poincaré so nervös zeigt und die Sozialisten verbieten will, von der Kammertribüne aus das Land aufzuklären.

## Hausse in Rechtsbrüchen.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist eine Note der deutschen Regierung übergeben worden, in der diese gegen die erneuten schweren Vertrags- und Rechtsverletzungen der interalliierten Rheinlandkommission durch Erlass der Verordnungen 151—154 Verwahrung einlegt. Die Verordnung 151, so führt die Note aus, durch die sich die interalliierte Rheinlandkommission mißbräuchlich selbst das Delegationsrecht verleiht, stellt einen schweren Eingriff in die Staats- und Gerichtshoheit des Deutschen Reiches dar. Der Verordnung 152, die den deutschen Post- und Telegraphenbediensteten mit Strafen von außergewöhnlicher Grausamkeit droht, sowie der Verordnung 153, die durch Verschlagung von Material, Waren und Gütern jeder Art im besetzten Gebiet das ganze Rekrutierungs- und Reparationswesen in ein verfallenes System bringt, fehlt es an jeder Rechtsgrundlage. Die Verordnung 154 schließlich, die über alle Erzeugnisse, die den Gegenstand von Bestellungen seitens der alliierten Regierungen oder ihrer Staatsangehörigen bilden könne, Sperre und Be-

schlagnahme verhängt, entzieht die Entscheidung über Streitigkeiten aus Privatverträgen jeder Gerichtsbarkeit und ist eine Verleugnung der elementarsten Rechtsbegriffe. Außerdem bedeutet sie einen schweren Verstoß gegen die von der deutschen Regierung mit der französischen und belgischen Regierung abgeschlossenen Verträge über freien Lieferungsverkehr.

## Resumee des Tages.

Nach einer Mitteilung der Direktion der Rombacher Gütenwerke haben die Arbeiter auf der Zeche „Concordia“ bei Oberhausen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem sie sich davon Gewissheit verschafft hatten, daß die Ingenieurkommission die Zulassung der Arbeiter von der Zeche versprochen und außerdem sich verpflichtet hat, dafür einzustehen, daß die bei Wiederaufnahme des Betriebes gefährdeten Kohlen nicht beschlagnahmt werden würden.

Am Sonntagabend wurde in Essen ein 15-jähriges Mädchen von zwei betrunkenen französischen Soldaten vergewaltigt. Eine französische Streife nahm die beiden fest. Bei der Vernehmung des Mädchens wurde ihm mitgeteilt, daß die beiden Täter vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Aus Essenburg sind von den Franzosen 15 Politistenfamilien als Vergeltung für die Zurückziehung der Schutzpolizei ausgewiesen worden. In Politistenfamilien elastiischer Herkunft wurde das Ausfinden gestellt, sich scheiden zu lassen, das Verbleiben in der Stadt würde ihnen dann gestattet werden. Am letzten Sonntag für die Eisenbahner machten die Franzosen Jagd auf die zu zahlenden Rohgelber; sogar Automobilreifen wurden nach Geld durchsucht. Den Banken wurde verboten, für Beamte Konten zu führen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Tich und Rott und der sozialdemokratische Parteiführer Karl Weich sind aus Trier ausgewiesen worden.

Die J.R.A. in Koblenz hat neuerdings ausgewiesen: 350 Zollbeamte mit sofortiger Wirkung, darunter allein 273 aus Nassau und 28 aus Cleve; ferner sind ausgewiesen worden: die Bürgermeister von Montabaur, von Heinsberg, von Sieglar und von Niederfassel, ferner die Räte von Heinsberg und von Wittl, der Chefredakteur der „Westdeutschen Tageszeitung“ in Ahrn a. d. Nahe. Die Gesamtzahl der Ausweisungen im altbesetzten Gebiet ist bis heute auf 2440 gestiegen.

Ueber Godesberg ist aus bisher unbekannten Gründen der Belagerungszustand verhängt worden. Jeder Verkehr auf den Straßen ist von 8.30 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten.

Eine aus neutralen und deutschen Ärzten gebildete Kommission soll die Exhumierung und Untersuchung der Leichen der von den Franzosen in Buers erschossenen beiden Deutschen, des Kriminalpolizeibeamten Burkhoff und des Elektromonteurs Wittershagen, vorgenommen haben. Der Bericht über das Ergebnis der Untersuchung soll der Reichsregierung übermittelt worden sein.

Die Großindustriellen des Ruhrgebiets haben den Beschluß gefaßt, die Zahlung der von den Franzosen und Belgiern geforderten Kohlensteuer auch weiterhin abzulehnen und alle Folgen auf sich zu nehmen.

## Neuer Raubzug in das Wuppertal?

Der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Düsseldorf meldet, daß die Besetzung des Wuppertals und des Solmetalles bevorstehe, weil die Franzosen die Metallwarenindustrie und die Werkzeugfabrikation treffen wollten. In den deutschen industriellen Kreisen glaube man, daß die Franzosen in den nächsten Tagen zwischen Wipperfürth und Overath Kontrollposten aufstellen würden. Diese letzten Ortschaften übernahmen die französischen Truppen erst kürzlich von den englischen Truppen; Sammersbach, Marienheide und Dieringhausen sollten in die Blockade nicht eingeschlossen werden.

## Die Konferenz der interalliierten Sozialisten.

Die Konferenz von Vertretern der englischen, französischen, italienischen und belgischen Sozialisten ist in Paris zusammengetreten. Der Konferenz erstattete der nach Berlin entsandte Ausschuss über seine Verhandlungen mit der deutschen Sozialdemokratischen Partei Bericht. Die Beratungen erstrecken sich hauptsächlich auf das Reparationsproblem und die Ruhraktion.

## Arbeitslosen Ausschreitungen in Essen.

Die für Donnerstag nachmittag angesetzte Essener Stadtverordnetenversammlung mußte ausfallen, da die Erwerbslosen sich auf dem Burgplatz sammelten. Die Essener Stadtverwaltung stellte auch die Bureau-tätigkeit ein, um im Hinblick auf den Mangel an polizeilichen Schutz jeden Zwischenfall zu vermeiden. Auch die Geschäftshäuser der Innenstadt hatten Vorsichtsmaßregeln getroffen.

## Poincaré leugnet Annexions-Abichten.

Neue Ruhrbesetzung in der französischen Kammer.

In der Donnerstag nachmittag unterwartet angesehten Nachsitzung der französischen Kammer, in deren Verlauf der Gesetzentwurf über die beiden Budgetzinsmittel für April und Mai sowie das provisorische Budgetzinsmittel für den Wiederaufbau angenommen wurden, kam es durch die Initiative des sozialistischen Abgeordneten Debass zu einer Debatte über die Ruhrfrage.

Debass wandte sich vor allem gegen die von der Mehrheit der Franzosen mitgeteilte Meinung, daß alles mit militärischer Gewalt erreicht werden könne. Er verwies darauf, daß die Ruhrbesetzung noch viel weniger eingebracht habe, als die ebenfalls mangelhafte Politik der letzten Jahre. Rohmaterialien, einschließlich Kohle und Holz, sowie die Lebensmittel seien in Frankreich im Preise stark gestiegen. Der Redner erinnerte schließlich an das Beispiel Oesterreichs, das heute von den Alliierten unterstützt werden müsse, um zu fragen, ob sie nicht eines Tages gezwungen sein werden, für Deutschland das gleiche zu tun.

Herriot verlangte von Poincaré eine Aeußerung darüber, ob Frankreich im Ruhrgebiet politische Zwecke zu erreichen suche, bzw. auf Annexionen ausgehe und ferner eine Erklärung, daß Frankreich mit Berechtigung jeden ersten Vorschlag prüfen werde, den Deutschland Frankreich oder der Gesamtheit der Alliierten machen werde.

Poincaré bezeichnete es als gefährlich, Frankreich, das im Ruhrgebiet wirtschaftliche Ziele verfolge, annexionsistische Pläne zu unterdrücken. Die französische Regierung habe keineswegs die Absicht, sich auch nur eine einzige Parzelle deutschen Bodens anzueignen. Die Pfänder sollen aber nur gegen Realitäten aufgegeben werden. Ernstliche Vorschläge Deutschlands an Frankreich oder die Gesamtheit der Alliierten sollen in einem Geiste der Gerechtigkeit und Sozialität geprüft werden.

Der sozialistische Abgeordnete Blum betonte, es genüge nicht, zu erklären, daß Frankreich keine Annexionsgedanken habe. Die einzige Garantie Frankreichs gegen einen deutschen Angriff bestünde darin, in Deutschland den Eindruck hervorzuheben, daß, wenn es einen Krieg provoziere, es auf seinem eigenen Gebiet zusammenbrechen werde. Die Kammer vertagte sich bis zum 8. Mai.

## Eine Tagung der Parteipolitiker.

Die sich noch unabhängige Sozialdemokratische Partei nennende, von der Vereinigung ferngehaltene kleine Gruppe um Ledebour hält jetzt ihren ersten „Parteitag“ in Berlin ab. Es sollen etwa 80 Delegierte daran teilnehmen. Ueber die Ruhrfrage sollen in der Partei zwischen den Delegierten aus dem westlichen Deutschland starke Gegensätze bestehen. Ledebour lehnte in seinem Referat eine einseitige Bindung mit den Kommunisten ab. Die Taktik der Partei müsse sein, die Masse der sozialdemokratischen Partei zu gewinnen. Sehr scharf wandte sich Ledebour gegen die französische Politik im Ruhrgebiet. Er stellte mit Bedauern fest, daß die französischen und belgischen Sozialisten bei der Protestaktion gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets vollkommen versagt haben. Nach dem Referat forderten die Delegierten des besetzten Gebietes eine sofortige Unterstützungsfaktion der internationalen Sozialisten.

## Schwache Dementis.

Die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte von einer bevorstehenden Ministerkrise in Polen werden in der politischen Presse allgemein als unzutreffend bezeichnet. Die Veränderungen im Landwirtschaftsministerium seien nur Verwaltungsänderungen der Art. Es würde nämlich ein neues Ministerium für die Zwecke der Agrarreform gebildet, das jedoch keinen Einfluß auf das Landwirtschaftsministerium haben solle. Diese Bildung zweier durchaus gleichgerichteter Ministerien, die von einander gänzlich unabhängig sein sollen, erscheint doch etwas merkwürdig und gibt vielfachen Vermutungen Raum. Der Ministerrat soll auch beschlossen haben, einen außerordentlichen Sparsausschuß zu berufen, der neben dem Ministerpräsidenten tätig ist und direkte Verantwortlichkeit gegenüber dem Staatschef besitzt. Jedenfalls bestätigen diese Meldungen ziemlich bedeutungsvolle Änderungen in der polnischen Regierung und scheinen die ersten Meldungen, wonach es über erhebliche Mißstände in einzelnen Ministerien nach Ostern zu einer Regierungskrise kommen dürfte, durchaus nicht ganz so unwahrscheinlich, wie es jetzt darzustellen versucht wird.

Bekanntlich will augenblicklich in Polen Feldmarschall Fildorff, um an den Wahlen teilzunehmen. In den nächsten Tagen wird der französische Militärattaché General Dupont dort erwartet und wie jetzt bekannt wird, soll auch Ministerpräsident Sikorski nach den Feiertagen auf zwei Tage nach Polen reisen. In weiteren Kreisen geht das Gerücht, daß die Wahlen mit Verhandlungen über die Sicherung der polnischen Grenze im Zusammenhang stehen.







Diesen Ausführungen folgte eine längere Aussprache. An ihr beteiligten sich der Landrat und der Kreisabgeordnete Burand, die gegen die Fortnahme des Direktors Niesel von der Volkshant zur Sparkasse sprachen. Wogegen die Kreisabgeordneten Sommer, Kaffier, Brill und Kogolewski dafür eintraten. Der Kreisabgeordnete Kogolewski gab seine Eindrücke über die Volkshant und über die Sparkasse wieder und führte gleichzeitig von Obra folgende Rede über die Volkshant. Gen. Brill wies die Behauptung, daß die Volkshant ein Kreisunternehmen sei und der Kreis große Gewinne aus ihr erziele, dafür zurück, daß die 7 Millionen Ueberschuß, die die Volkshant haben soll, für den Kreis keinen Gewinn, sondern vielmehr einen Verlust darstellen. Man müsse in Betracht ziehen, daß die Volkshant für das ganze Haus am Rothenmarkt nur einige 100 000 Mark zahlt, während, wenn der Kreis die unteren Räume der Volkshant an ein Privatunternehmen oder an eine Bank vermietet, er mindestens eine Miete von 20 Millionen Mark erzielen würde. Außerdem würden ja noch nicht einmal die in den Sitzungen der Volkshant festgelegten Rechte dem Kreise gegenüber herabgemindert, weil sich dieser Kreistag anders zusammensetzt als der Gesellschafterkreis der Volkshant. Die Volkshant wäre kein gemeinnütziges Unternehmen, sondern sie sei ein Unternehmen für eine Interessengruppe des Kreises, nämlich der Danziger Höhe und für einige Persönliche an der Leitung der Volkshant interessierten Kreisbewohner. Darum beantragte er, daß sich der Kreistag einmündig, eingehend mit der Volkshant beschäftigen soll. Er reichte gleichzeitig einen Antrag mit der notwendigen Rasi Unterstufen ein, der verlangt, daß sofort ein Kreistag unterufen wird mit der Tagesordnung: Die Volkshant und der Kreis Danziger Höhe. Nachdem über die Tagesordnung beschlossen wurde, wurde auch mit Mehrheit beschlossen, daß der Kreisparassendirektor Niesel sofort seine amtliche Tätigkeit in der Sparkasse des Kreises Danziger Höhe aufnimmt. Daran verknüpfte sich der Kreistag auf den 4. April.







**In unsere Leser**

4000	Mark für das Monatsabonnement.
1000	Mark für das Trimenalabonnement.
8000	Mark vollständig für Pommerellen.

Verlag der „Danziger Volksstimme“,  
Am Sperrbauß 8.

Das große Preisausschreiben des Senats zur Vereinfachung der Verwaltung ist jetzt nach einem Jahresrhythmus durch Prämierung der besten Arbeiten zum Abschlusse gekommen. Wenn wir seiner Zeit das Preisausschreiben als völlig nutzlos bezeichnen, so müssen wir unsere damalige Ansicht doch erheblich revidiren, nachdem uns heute die ausgezeichneten Ergebnisse vorliegen. Den ersten Preis hat ein alter erfahrener Bureauist für seinen Vorschlag erhalten, das das Verschwandern abgeschafft und an dessen Stelle wieder Seeland eingeführt werden soll. Einer Aktiengesellschaft, welche vorzeitige Kenntnis von dem Plane erhalten hatte, und beabsichtigte, den gesamten Seeland im Gebiete des Freistaates zu wachen, wurde vom zuständigen Amtsgerichte noch rechtzeitig die Eintragung in das Handelsregister verweigert und zwar auf Anweisung des Senats, welcher die preistreibenden Absichten der Gründer schnell durchschaut hatte und besonders deshalb mißtrauisch geworden war, weil im Aufsichtsrathe der Aktiengesellschaft die übliche Anzahl von Senatoren fehlte. Man sieht, auch der Senat kann, wenn er nur will!

Anstelle des dritten Pfeiles, der ausfiel, kam ein Vermehrung zur Verteilung. Ein Subalternbeamter hatte die Dreifachheit befehlen. Ich ebenfalls zu befehlen, d. h. nachverhandeln einzuführen. Er vermittelte nämlich den Senat auf ein Buch über die „Grundzüge einer Verwaltungsreform“ von Dr. A. Drenn, Staatsminister (siehe A. D.), und Kommissar zur Vorbereitung einer Verwaltungsreform, amtliche Ausgabe, Berlin 1910, Carl Heymanns Verlag. Der Senat glaubte nicht an die Erhaltung dieses Buches, sondern fügte sich mit Recht verärgert. Diese große Achtungsverletzung konnte der Senat verständlicherweise nicht ungesühnt lassen. Aber auch dieses nicht gerade erwünschte Schlussergebnis hat geseigt, wozu ein solches Preiszuschreiben auf ein Buch.

## Article 3013645-22

Bei der Betrachtung der einzelnen Persönlichkeiten sah Dmanowski sein Urtheil über Borch, Barthel und Bröger als das Terzett, in dem die kriegsbestimmende Welterschaffung große symbolische Erscheinung würde. Doch während Bröger der Dichter des Geisteslichen sei, in dem sich die dem Kriege ausgelieferte Arbeiterseele manifestierte während Barthel dem abgeschlossenen Innern des persönlichen Menschen zugewandt sei und schon der Literatur nachkomme, sei Borch der große kosmische Gestalter, der in weltlichen Dingen das All umfasse und noch unbewußt die künstlerische Expansionsmöglichkeit herge. Den vor kurzem verschiedenen Alfons Beckhold ließ der Redner zunächst in eigenem historischen Zusammenhang sprechen und zeichnete dann als Typus eines Proletariatskämpfers Garri Engels bezeichnete Dmanowski als das bisher einzige aus dem Arbeiterstande hervorgegangene historische Genie, einen wirklichsten Gestalter von erdrückender Gewalt in

Eine Herabsetzung des Gewerbes aus Kaufmannsgerichte  
gesehen ist durch die Selbsterwertung notwendig zu empfinden.  
In Ansehung an die deutsche Gesetzgebung beauftragt der  
Senat deshalb die Heraushebung der Grenze für die Be-  
rufung. Der Senat wünscht ferner die Ermächtigung, wei-  
tere Änderungen der Geldbeträge selbständig vornehmen  
zu können.

**2. S.P.D., Landesvorstand.** Mittwoch, den 2. April, nachmittags 6 Uhr im Stationszimmer: **Stellungs-Erklärung Deutscher Eisenbahner-Vereins, Ortsverwaltung Dautz.** Mittwoch, 4. April, nachm. 6 Uhr, im Hotel Münsterberg, Schiffbauamt: **Wichtige Versammlung, Tagesordnung:** 1. Wahl eines 2. Angeordneten. 2. Erstwahl für die Ortsverwaltung. 3. Bericht eines.

Wasserstandsnotizen am 31. März 1923.				
	28. 3.	29. 3.		
Jamischhof	+ 2,13	+ 2,23	Ausgebrach	+ 2,68 + 2,88
	28. 3.	29. 3.	Montaur Spitze	+ 2,88 + 2,43
Warthau	+ 2,06	+ 2,18	Diehl	+ 2,41 + 2,45
	28. 3.	29. 3.	Diefhan	+ 2,69 + 2,74
Plöck	+ 1,81	+ 1,82	Einslage	+ 2,52 + 2,56
	30. 9.	31. 9.	Schleimshof	+ 2,40 + 2,54
			Regel:	
Thorn	+ 2,33	+ 2,43	Säbman D. P.	+ 6,68 + 6,69
Kordon	+ 2,28	+ 2,33	Salzenberg D. P.	+ 4,80 + 4,80
Ulm	+ 2,20	+ 2,28	Neuhorberbach	+ 2,02 + 2,00
Graben	+ 2,39	+ 2,42	Erwachs	+ +

Verantwortlich: für Poſtſt. L. B. Fr. Weber, für ſämmtliche Nachrichten und den übrigen Theil Fr. B. Weber, für Inſerate Anton Förl, ſämmtlich in Danksgr. Druck und Verlag von J. Gohl & Co., Danksgr.

**Zigarren- und Tabakfabrik**  
**B. Schmidt Nachflg.**  
Inhaber: Leonhard Mundt  
**Danzig-Oliva**  
Schöfferstraße 9      Telephone Nr. 16



# Räbmer Schnupftabak



**Fabriklager in Danzig:**  
**Carl Conrad**  
Altstädtischer Graben 106

# Große Kleiderstoff-Ausstellung



**Gute Qualitäten  
billige Preise!**

# Die große Mode für den Sommer

## Boile

in bestickt und bedruckt

# Sternfeld

DANZIG und LANDFUHR



